Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 6

Artikel: Neue Aufgaben für den demokratischen Sozialismus
Autor: Oettli, Mascha
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337196

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ungezählte politische Impulse sich nicht in der Negation erschöpfen zu lassen, sondern um sie positiv auszuwerten. Es ist außerordentlich wichtig, daß das Volk das Bewußtsein erhält, selbst Gesetze machen und verlangen zu können, ohne auf den Umweg über das Parlament verwiesen zu sein, und daß das Parlament gleichzeitig enger an das Volk und den Volkswillen sich anschließen muß und diesen Volkswillen nicht nur in Wahlzeiten zu erforschen und zu berücksichtigen versucht. Die Initiative ist geeignet, den Behörden und der Verwaltung einen Fingerzeig zu geben, wie das Volk in seiner Mehrheit denkt (vgl. Utzinger in der Schrift «Grenzen der direkten Demokratie», S. 26 f.). Das ist aber vor allem auf der Bundesebene wichtig, da die Zuständigkeiten des Bundesgesetzgebers weit mehr als die der kantonalen Gesetzgeber in das Wirtschafts- und Sozialleben eingreifen und unwillkürlich neue Reibungsflächen zwischen dem Staat und dem einzelnen oder zwischen den Menschen schaffen. Zur Lösung dieser Konflikte ist der lebendige Kontakt mit dem Volke von vitaler Bedeutung.

Aus allen diesen Erwägungen, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben wollen, geht hervor, daß die Gesetzesinitiative nicht nur die logische Krönung unserer demokratischen Organisation ist, wie das schon der Bundesrat selber in seinem Bericht zum Postulat Arthur Schmid vom 8. Dezember 1952 festgestellt hat, sondern daß sie zur Vervollkommnung unserer demokratischen Einrichtungen auch tatsächlich unerläßlich ist.

MASCHA OETTLI

Neue Aufgaben für den demokratischen Sozialismus

Zur Generalratssitzung der Sozialistischen Internationale in Haifa Ende April 1960

Zum erstenmal tagte der Generalrat der Sozialistischen Internationale außerhalb Europas – in Israel, also sozusagen im Verbindungsland zwischen Europa, Asien und Afrika. Man hatte befürchtet, die Sitzung werde wegen der hohen Fahrtkosten schlecht besucht sein. Das Gegenteil traf zu. Sowohl der Aufbau in Israel als auch das Thema – im Mittelpunkt standen die Aufgaben der Sozialisten in den Entwicklungsländern – hatten mehr Delegierte angezogen, als je an einer Generalratssitzung anwesend waren. Vertreter der sozialistischen Parteien aus Indien, Burma, Nepal, Japan und natürlich Israel spielten neben den Europäern eine wichtige Rolle in der Diskussion.

ebenso wie eingeladene führende Persönlichkeiten der afrikanischen nationalen Bewegung aus Kenia und Tanganjika.

Der Präsident der indischen Sozialistischen Partei, *Asoka Mehta*, rief die europäischen Sozialisten auf, den «jüngeren Genossen» in den Entwicklungsländern die theoretischen und organisatorischen Werkzeuge zu geben für den Aufbau der sozialistischen Bewegung in Asien: Die Sozialisten Europas mußten das Problem der Kapitalbildung nicht selber lösen. Zwei Wege sind bisher dafür beschritten worden: die brutale Ausbeutung der Arbeiter und der «Sibirien-Weg» der totalitären Methode. Wir lehnen beide ab, erklärte der Inder. Wir möchten Kapital bilden auf demokratische Art, mit Unterstützung der breiten Massen des Volkes. Aber wie? Was für eine sozialistische Politik können wir befolgen, damit eine Nation statt nur 5 Prozent 15 bis 20 Prozent ihres nationalen Einkommens für Investitionen spart? In Europa entstand die sozialistische Bewegung, nachdem der Kapitalismus die Wirtschaft schon wesentlich entwickelt hatte. In Asien muß der Sozialismus in einer früheren wirtschaftlichen Phase beginnen. 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft. Die Bauern sind der entscheidende Faktor. Was für eine Lösung bietet der Sozialismus ihnen an? Für all diese Probleme, legte Asoka Mehta dar, möchten wir Sozialisten Asiens von den älteren, erfahreneren Sozialisten theoretische Wegweiser erhalten, damit wir wissen, welchen Weg wir einschlagen können.

Dulsi Giri, Minister für die wirtschaftliche Entwicklung in Nepal, schilderte in anschaulicher Art die Probleme, die sich bei wirtschaftlicher Rückständigkeit ergeben, bei enormer Vermehrung der Bevölkerung, bei Fehlen von Statistiken – und dies angesichts der Bemühungen der Kommunisten, den Westen auszustechen.

Golda Meir, Außenminister Israels, betonte mit dem ihr eigenen Ernst und tiefer Leidenschaftlichkeit, daß es in *Afrika* nicht darauf ankomme, eine theoretische Debatte zu gewinnen, sondern praktisch zu helfen. Bald werden Millionen Menschen in Afrika frei. Sind die Völker auf diese Freiheit vorbereitet? Es fehlen ihnen Ärzte, Ingenieure, Lehrer, Architekten, Verwaltungsfachleute. Sie müssen die früheren Herrscher bitten, als Fachleute zu bleiben. Und voll Ressentiment stellen sie die Frage: Warum sind wir so abhängig von den Europäern, wo wir unabhängige Völker sind? – Technische Entwicklung und Schulung der Massen gehören zu den Hauptproblemen der freien Völker Afrikas. Gruppen von Sozialisten – Arbeitsteams – sollten in die Entwicklungsländer gehen, dort mit der Bevölkerung leben, auf dem gleichen Stand wie sie, und ihnen helfen, Fortschritte zu erzielen. Können nicht solche «sozialen Missionare» in den Reihen der Sozialisten gefunden werden, fragte Golda Meir. Die Bevölkerung Afrikas will und kann nicht mehr hundert Jahre warten auf wirtschaftliche Entwicklung.

Wir dürfen keine Zeit verlieren. Wir müssen mit ihnen sein als Freunde, als Menschen.

Die Afrikaner selber stellten die Frage: Was tut ihr Sozialisten? Auch ihr sitzt da und faßt Resolutionen.

Zum Abschluß der Diskussion wurde – neben andern notwendigen Entschließungen über die damals noch bevorstehende Gipfelkonferenz, gegen die Rassendiskriminierung, über Lateinamerika und Malta – einer schriftlichen Formulierung der *neuen Aufgaben für den demokratischen Sozialismus* zugestimmt. Wir entnehmen ihr die folgenden wichtigen Stellen:

... Wir glauben, daß die reicheren Nationen den ärmeren helfen müssen in ihrem Kampf gegen die Armut. Wir sind überzeugt, daß nur eine freie Zusammenarbeit im Geiste der Gleichberechtigung und Partnerschaft den endgültigen Frieden sichern kann ... Unsere Errungenschaften geben uns keinen Anlaß zu Selbstzufriedenheit. Wir werden mit neuer Energie die Aufgaben der sechziger Jahre in Angriff nehmen. In Asien ist der Kampf für nationale Unabhängigkeit von den Sozialisten geführt worden. Heute geht es darum, den Lebensstandard zu heben, die Menschenrechte zu verfechten und demokratische Institutionen zu schaffen ... In Afrika steht für einige Völker der Kampf um Unabhängigkeit im Vordergrund, für andere, die bereits ihre Freiheit errungen haben, geht es um die Entwicklung von Hilfsquellen und Institutionen, um neben der politischen auch die wirtschaftliche und kulturelle Freiheit zu erringen.

Der demokratische Sozialismus hat zur Lösung dieser Probleme viel beizutragen. Wir glauben nicht, daß sozialistische Institutionen, die in Europa und Asien erfolgreich waren, in Afrika oder Lateinamerika unbedingt nachgeahmt werden sollten. Erforderlich ist ein Zusammentragen von Ideen und Erfahrungen im Geiste der Zusammenarbeit unter Gleichberechtigten.

Hier liegt eine Aufgabe für die Sozialistische Internationale und ihre Mitgliedsparteien. Mit erneuter Energie und in konkreteren Formen werden wir uns an diese Aufgabe machen nach den Diskussionen in Haifa zwischen politischen Führern Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden und praktische Formen der Zusammenarbeit zu schaffen, hat das Büro der Sozialistischen Internationale einen ständigen Ausschuß für die Probleme der Entwicklungsländer eingesetzt. Dieser hat ein *Arbeitsprogramm* vorgeschlagen, das von der Internationale und ihren Mitgliedsparteien in Zusammenarbeit mit den Sozialisten in andern Weltteilen ausgeführt werden soll. Zu den Projekten, die vom Büro am 25. April gutgeheißen worden sind, gehören folgende:

a) Die Organisierung von Seminaren in Asien und Afrika für die Zusammentragung von Ideen und Erfahrungen;

b) die Schaffung von Studien- und Diskussionsmöglichkeiten von seiten der Mitgliedsparteien für Sozialisten anderer Länder;

c) die Förderung des Verständnisses unter der Mitgliedschaft der Parteien für die Probleme der Entwicklungsländer;

d) der Austausch vorhandener Publikationen und die Förderung von Studien über die Anwendung sozialistischer Grundsätze auf unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Verhältnisse;

e) die Schaffung von Möglichkeiten zur praktischen Arbeit im Ausland für junge Sozialisten aus allen Teilen der Welt;

f) das gemeinsame Studium von organisatorischen und administrativen Problemen unter den verschiedenen Parteien;

g) die Durchführung gemeinsamer Konferenzen zur Erörterung der Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Schweiz darf nicht abseits stehen!

Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Sie ist ein neutraler Staat, der als solcher auf wenig Mißtrauen stößt bei Ländern, die früher von Kolonialmächten beherrscht waren. Wir dürfen nicht abseits stehen bei der Lösung der heute dringendsten Probleme der Entwicklungsländer. So erklärt unser neues Parteiprogramm eindeutig:

> Die Zusammenarbeit aller Nationen und eine großzügige Unterstützung der Entwicklungsländer sind notwendig, um die durch Kolonialpolitik verschärften Gegensätze zwischen weißen und farbigen Völkern zu überwinden. Unser Land muß den wirtschaftlich und technisch weniger entwickelten Völkern in uneigennütziger Weise helfen.

Die Annahme des Parteiprogramms ist ein Beweis dafür, daß die Sozialisten in unserem Land davon überzeugt sind, daß auch wir etwas tun sollten – aus Gründen der Gerechtigkeit: Ausbeutung, Armut und Hunger müssen auf der ganzen Welt verschwinden. Aber auch aus eigenem Interesse: die kleine Insel der wohlhabenden Länder im Meer der wirtschaftlich noch wenig entwickelten, übervölkerten und mit Hunger kämpfenden, primitiv wirtschaftenden Agrarländer der Welt ist in ständiger Gefahr, überflutet zu werden, wenn diese Armut nicht beseitigt wird. Die hungernden Völker sehen und hören in Radio und Fernsehen vom Wohlstand anderer, sie sind nicht bereit, noch viele Jahre auf eine Verbesserung ihrer Lage zu warten.

Die Schwierigkeit liegt darin, *praktische Wege* zu finden, wie unser Land, wie die Schweizer Sozialisten helfen können. Wir müssen hier in gewissem Sinn Neuland betreten. Im folgenden seien – im Sinne des Zusammentragens von Ideen, wie sie die Resolutionen der Internationale vorsieht – Möglichkeiten aufgewiesen, die als *Grundlage für Diskussionen* und dann für *Aktionen* dienen können.

Einladung von Stipendiaten aus Entwicklungsländern in die Schweiz

Eine Stärke unseres Landes ist das ausgebaute Schulwesen. Die Eidgenossen-

schaft sieht die Bezahlung von Stipendien vor an geeignete Leute aus den Entwicklungsländern sowohl für Universitätsstudien als auch für praktische Ausbildung, zum Beispiel von Krankenpflegerinnen, Hebammen, Technikern usw. Die Mittel werden durch die «technische Hilfe» zur Verfügung gestellt. Diese Hilfe sollte in dem Sinn ausgebaut werden, daß die Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, die Genossenschaften, die Partei, sich um die Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern kümmern, mit ihnen Kontakt suchen und mit ihnen die sich aufdrängenden Probleme diskutieren. Die Studenten aus Entwicklungsländern sollen nicht nur unsere Schulen kennenlernen, sondern auch den politischen Aufbau unseres Landes, das Wesen der Genossenschaftsbewegung, die Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes. Durch solche Kontakte könnten auch praktische Schwierigkeiten gelöst werden, wie zum Beispiel die Zimmerbeschaffung für farbige Studenten und Praktikanten.

Ein derartiger Kontakt könnte schon heute gesucht werden mit den in der Schweiz sich befindenden Studenten aus Entwicklungsländern, vor allem mit solchen, für die persönlich die soziale Frage noch nicht gelöst ist.

Bestünde die Möglichkeit, in den *Kantonen* und *Gemeinden* Vorstöße zu unternehmen, damit auch sie Stipendiaten einladen?

Unsere veterinärmedizinischen Fakultäten zum Beispiel sind nicht überfüllt. Wie wichtig wäre es, daß die leeren Stühle durch Leute belegt würden, die das erworbene Wissen zum Aufbau einer guten Viehzucht in Entwicklungsländern benützen könnten!

Da es nicht immer leicht ist, geeignete Stipendiaten aus Entwicklungsländern zu finden, könnten wir unsere internationalen Beziehungen ausnützen, um an die richtigen Leute zu gelangen.

Hilfe durch Schweizer Fachleute in Entwicklungsländern

Wir sind überzeugt, daß es auch in der Schweiz, zum Beispiel unter den Jungen, die ihre Berufsausbildung beendet haben, interessierte Menschen gibt, die gern für einige Jahre in ein Entwicklungsland gingen, um bei einem bestimmten Projekt zu helfen. Die Aufgabe bestünde darin, in Zusammenarbeit mit Fachleuten, eine *geeignete Aufgabe* zu finden und die Anwärter auf ihre Aufgabe *vorzubereiten*. Dazu gehört die Erlernung der Sprache des Landes, in das sie kommen (Fachleute aus Rußland lernen sogar den Dialekt der Länder, in die sie gehen), Vermittlung von Kenntnissen über die Verhältnisse in dem Land, in das sie kommen (zum Beispiel über die andere Einstellung zur Arbeit), ferner die Weckung der Einsicht, daß die Arbeit nur einen Sinn hat, wenn die europäischen Fachleute in engem Kontakt mit der Bevölkerung im Entwicklungsland leben und nicht in Klubs usw. einen viel höheren Lebensstandard genießen. Sonst kommt kein Geist

der Zusammenarbeit und der Partnerschaft zustande. Nötig ist eventuell auch die Abklärung der Frage, was getan werden kann, damit die Jungen, die für einige Jahre in Entwicklungsländer gehen, bei ihrer Rückkehr nicht benachteiligt sind gegenüber ihren Altersgenossen.

Patenschaften

Könnten Städte oder Kantone Patenschaften über eine Ortschaft oder ein Gebiet in einem Entwicklungsland übernehmen, ähnlich wie dies für Bergdörfer schon geschieht? Sozialisten müßten in Gemeinde- und Kantonsparlamenten entsprechende Anträge einbringen und verfechten.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Die Hilfe an die unabhängig gewordenen Staaten Afrikas wird in verschiedener Hinsicht leichter sein, wenn unser Land diplomatische Beziehungen mit diesen aufnimmt. Unsere Fraktion sollte einen entsprechenden Vorstoß im Parlament machen.

Kulturabkommen

Bisher ist es in unserem Land nicht üblich, Kulturabkommen mit andern Staaten abzuschließen. Die Frage sollte geprüft werden, ob nicht auch von unserem Lande solche Abkommen abgeschlossen werden könnten. Auf dem Wege von Kulturabkommen gehen zum Beispiel deutsche Lehrer in Entwicklungsländer. Sollte das bei uns nicht möglich sein?

Gewiß wird hier eingewendet, daß wir selber zuwenig Lehrer, Techniker und landwirtschaftliche Experten haben, um solche in andere Länder zu schicken. Das mag stimmen. Aber sicher haben wir genügend Kinder, die fähig wären zu einer weiteren Ausbildung, denen aber die finanziellen Mittel dazu fehlen. Eine großzügige Stipendienordnung könnte noch viele Kräfte wecken und nutzbar machen.

Aktion «Kampf dem Hunger»

Eine weltweite Aktion wird von der FAO vorbereitet unter dem Motto «Kampf dem Hunger». Was wird die Schweiz beitragen? Könnte eine Interpellation in den eidgenössischen Räten, aber auch in kantonalen und Gemeindeparlamenten, den Wunsch der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, daß unser Land sich an diesem Kampf aktiv beteiligt durch Einsatz von öffentlichen Mitteln, aber auch von privaten? Mit Bundesrat Wahlen hat unser Land einen Fachexperten an höchster Stelle für solche Aktionen. Vorgesehen ist, daß jedes Land mindestens den zehnten Teil seines bisherigen Beitrages an die FAO für diese Aktion zur Verfügung stellt, das wären für

die Schweiz 50 000 Franken. Wir könnten gewiß mehr, viel mehr geben! Unser Volk wird verstehen, daß man nicht ungestraft zwei Drittel der Menschheit verhungern lassen kann.

Bessere Preise für die Exportprodukte der Entwicklungsländer

Das Problem der Hilfe an die Entwicklungsländer hat noch eine Seite, die mehr durchdacht werden sollte. Diese Länder strengen sich vielfach an, durch eigene Lieferungen auf dem Weltmarkt sich selber zu erhalten. Und was tun die reichen Länder? Wir drücken auf die Preise dieser Produkte, belasten dann aber deren Einfuhr (Tee, Kaffee, Zucker, Kakao, Fettstoffe usw.) mit hohen Finanzzöllen, so daß die Entwicklungsländer zuwenig verdienen mit ihrer Ausfuhr. Und nachher wollen wir ihnen großzügig – sozusagen durch Almosen – helfen. Wäre nicht ein würdigerer und direkterer Weg der Hilfe, angemessene Preise für die aus den Entwicklungsländern exportierten Waren zu zahlen? Die Zollpolitik der reichen Länder stellt ein wesentliches Hindernis für die Entwicklung der ärmeren Staaten dar. Am besten wäre, wenn *internationale Vereinbarungen* getroffen werden könnten über die Preise der aus den Entwicklungsländern bezogenen Waren. Könnte unser Land nicht die Initiative ergreifen, damit solche Abkommen getroffen werden? Dr. L. Maire aus Genf hat in der nationalen FAO-Kommission diese Anregung gemacht. Es darf aber nicht bei Anregungen bleiben. Unsere Partei sollte sich dafür einsetzen, daß praktische Schritte getan werden. Wichtig wäre in dem Zusammenhang auch der *Abschluß langfristiger Verträge* für den Bezug von Waren aus den Entwicklungsländern, damit sie wissen, mit welchem Absatz sie rechnen können.

An Aufgaben, an neuen Aufgaben, fehlt es nicht. Eine mutige Inangriffnahme dieser neuen Aufgaben wird auch in unserer Bewegung viele Kräfte wecken und aktivieren, die heute in Gefahr sind, einzuschlummern. Unser Parteiprogramm muß auch in bezug auf die Hilfe an Entwicklungsländer verwirklicht werden!

Ein Gewerkschaftsführer aus Tanganjika schreibt:

... Würden Sie uns sagen, wie Studenten aus Tanganjika den Weg in Ihre berühmte Technische Hochschule in Zürich und in Ihre Universitäten finden könnten? Die Bildungsmöglichkeiten hier sind sehr begrenzt. Als Sozialisten hoffen wir sehr, daß es Ihnen gelingen möge, uns Ihre helfende Hand darzubieten. Sie wissen vielleicht, daß kürzlich 81 Studenten aus Kenia mit Stipendien privater amerikanischer Hilfsorganisationen nach Amerika flogen, um an dortigen Universitäten zu studieren. Das ist ein bedeutsamer Stoß gegen den Kommunismus, der Afrika durch gewichtige Vorteile, wie die Eröffnung einer Schule für afrikanische Gewerkschaftsführer in Ungarn, zu gewinnen sucht.

Wir Sozialisten hier in Tanganjika und in ganz Ostafrika raten unsern Leuten auf jede Weise davon ab, kommunistische Hilfe anzunehmen. Aber Sie können sich denken, wie schwierig unsere Stellung ist, wenn wir ihnen nichts anderes bieten können. Voriges Jahr bot uns der kommunistische Weltfriedensrat einige Stipendien an. Ich hatte 13 junge Leute, die solche Stipendien sehr gern angenommen hätten. Ich lehnte jedoch das Angebot ab und bedeutete diesen jungen Leuten, sie sollten Geduld haben, unsere sozialistischen Freunde würden uns helfen. Dabei dachte ich an Länder wie die Schweiz, Westdeutschland, Dänemark, Schweden, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Bildung ist die einzige Rettung für mein Volk. Ich hoffe, Sie werden uns verstehen.

(Der Brief wurde im Sonderdruck aus «der neue bund» «Afrika unser Partner» veröffentlicht.)

Walther Bringolf begründete im Nationalrat namens der sozialdemokratischen Fraktion schon am 6. Juni 1956 folgendes Postulat zur Frage der *Hilfe an die unterentwickelten Länder:*

«Die Außenpolitik der Nachkriegszeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist gekennzeichnet durch die Leitsätze: Neutralität und Solidarität. Unsere strikte militärische Neutralitätspolitik hat uns nicht daran gehindert, dort, wo es aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen geboten war, mitzuarbeiten und unsere Verpflichtungen der Solidarität so weit als möglich zu erfüllen. Dieser Aufgabenkreis hat sich für alle freien Länder erweitert, neue Verpflichtungen rufen nach Erfüllung.

Der Bundesrat wird deshalb eingeladen, darüber zu berichten, in welcher Weise unser Land aktiven Anteil an einer uneigennützigen Hilfe für wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebene Länder und Völker nehmen kann.

Insbesondere wird der Bundesrat eingeladen, zu prüfen, ob nicht gerade unser Land die Initiative ergreifen sollte, um über die bereits bestehenden Kontakte mit der OECE (Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) und der UEP (Europäische Zahlungsunion) die Voraussetzungen für eine solche Aktion der Solidarität zu schaffen.»